

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M. bei Selbstabholung 5,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— M. für einen Monat 5.— M. Bestellgeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf. Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4596. — **Postfach** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 19093. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7zeilrige Kolonelle oder deren Raum 1,90 M. bei Flugschrift 2,30 M., Familiennachrichten für die Zeile 1,70 M. Klammere-Kolonelle 7,50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Parteigenossen und Parteigenossinnen!

Der 6. Juni hat unsrer Partei einen bedeutenden Wahlerfolg gebracht; als zweitstärkste Partei werden wir im Reichstage vertreten sein. In der Fünftmillionenzahl unsrer Wähler ist enthalten die klassenbewusste Kerntruppe des deutschen Proletariats.

Wir haben den Wahlkampf geführt getreu den Grundsätzen des revolutionären, wissenschaftlichen Sozialismus, getreu den Forderungen unseres Leipziger Aktionsprogramms. Wir haben unsern Wählern klar und deutlich gesagt, daß in der jetzigen Epoche der sozialen Revolution das Parlament weder den Verfall des Wirtschaftens aufhalten, noch dem Proletariat durchgreifende Rettung aus seinen sozialen Nöten bringen kann. Wir haben erklärt, daß Wahlkampf und Parlamentsarbeit nur ein Mittel des proletarischen Klassenkampfes, daß in dem Ringen unsrer Zeit die Aktion der Masse das vornehmste und entscheidendste Kampfmittel sei.

Den Wahlkampf hat unsre Partei als Todfeind der kapitalistischen Wirtschaft, der bürgerlichen Parteien und der verhängnisvollsten Scheinsozialisten geführt. Nach den Geheßen der formalen Demokratie, nach dem rein zahlenmäßigen Wahlergebnis könnte unsre Partei für die Bildung der parlamentarischen Regierung mit in Betracht kommen.

Nach den Geheßen des proletarischen Klassenkampfes ist aber eine Beteiligung unsrer Partei an der Regierung undenkbar.

Das Zentralkomitee der Partei hat daher nur seine sozialistische Pflicht, als es das rechtssozialistische Ersuchen auf Teilnahme an der Regierung ablehnte. Die Zurückweisung des Eintritts in eine Koalitionsregierung wurde vom Zentralkomitee folgendermaßen begründet:

„Die USPD. kann nicht in eine Regierung eintreten, die sich die Wiederaufrichtung der im Kriege zusammengebrochenen kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft zum Ziel gesetzt hat und zu Wiederherstellung des Proletariats den Militarismus neu belebt und härt, wie es die bisherige Koalitionsregierung getan hat.

Der Eintritt der USPD. in eine solche Regierung würde eine Unterstützung der konterrevolutionären Politik bedeuten, die sie bisher gründlich bekämpft hat, wäre eine Preisgabe ihres Programms und ein Verrat an den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinwerbtreibenden und Kleinbauern, die der USPD. bei der Reichstagswahl Stimme und Vertrauen geschenkt haben für die energische Fortsetzung ihrer Politik des rechtssozialistischen proletarischen Klassenkampfes mit dem Ziel der Beseitigung der kapitalistisch-militärischen Klassenherrschaft.

Zur Erkämpfung dieses Zieles ist die USPD. zu Beginn der Revolution in eine gemeinsame Regierung mit der rechtssozialistischen Partei eingetreten. Trotzdem diese Partei versprochen hatte, das sozialdemokratische Programm zur Grundlage der Regierungspolitik zu machen, haben ihre Vertreter unausgesetzt eine Politik der Anlehnung und des Kompromisses mit den Vertretern der alten staatslichen Bureaucratie, der kapitalistischen Parteien und des alten Militarismus betrieben, so daß die USPD. gezwungen war, aus der Regierung auszutreten, um nicht mit-schuldig zu werden an der Wiederbelebung des Kapitalismus und Militarismus und der von ihnen ins Werk gesetzten blutigen Gewaltpolitik gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft. Die seitdem betriebene rechtssozialistische Koalitionspolitik mit kapitalistischen Parteien hat dazu geführt, die wahren Machtverhältnisse zu verschleiern und die Arbeiterklasse in ihrem Vormarsch zu behindern.

Das Erstarken der Reaktion, wie es bei den Reichstagswahlen zum Ausdruck gekommen ist, ist nur die Folge der rechtssozialistischen Kompromisspolitik mit den geschworenen Feinden der Arbeiterklasse, und kann nicht bekämpft werden durch die Fortsetzung der das Proletariat verwirrenden und spaltenden Koalitions-politik, sondern nur durch eine grundsätzliche, klare und konsequente sozialistische Politik, die die Beseitigung der politischen Macht durch das Proletariat und dessen Alleinherrschaft bis zur Verwirklichung des Sozialismus erstrebt.

Ergibt sich aus der Entwicklung der Revolution die Notwendigkeit einer sozialistischen Regierung, so kommt für die USPD. als Übergang nur eine rein sozialistische Regierung in Betracht, in der sie die Mehrheit hat, den bestimmenden Einfluß ausübt und in der ihr Programm die Grundlage der Politik bildet.“

Gegen diese Absage siehe von allen Seiten eine verwirrende Hege gegen unsre Partei ein. Vor allem sind es die Rechtssozialisten, die mit gewohnter Demagogie die Arbeiterschaft über die Haltung unsrer Partei zu täuschen versuchen. Dabei haben gerade die Rechtssozialisten durch ihre Teilnahme an den bürgerlichen Koalitionsregierungen bewiesen, wie sehr in einer solchen Regierung die sozialistischen Forderungen und die proletarischen Interessen mit Füßen getreten werden.

In Deutschland ist eine Koalitionsregierung, eine Regierung auf die Dauer unmöglich, die sich aus Vertretern der kapitalistischen Klassen und aus Vertretern der Arbeiterklasse zusammensetzt. Die bürgerlichen Parteien dulden nur solche Sozialisten in

der Regierung, die ihre sozialrevolutionäre Überzeugung abgeschrieben und sich zum reinen Reformsozialismus bekannnt haben. Die Koalitionsregierungen, die seit November 1918 in Deutschland ihre Kräfte und Fähigkeiten verhehrt haben, vermochten nicht das Volk aus seinem Elend herauszuführen. Was die Arbeiter und Soldaten in den ersten Novembertagen des Jahres 1918 an revolutionären Erregenschaften erlitten hatten, ist durch die Schuld der Koalitionsregierungen Stück um Stück bis auf winzige Reste beseitigt worden. Die Arbeiterklasse wurde entwaffnet, die Reaktion bewaffnet. An Stelle der Sozialisierung haben wir die Einführung der Alfordarbeit, die Verlegung des Achtstundentages, die Bedrohung des Koalitionsrechts für die Arbeiter Angestellten und Beamten. Die alte reaktionäre Steuerpolitik mit ihren indirekten Steuern, Verbrauchsteuern, Zöllen und Liebesgaben an die Schwerindustriellen und Großagrarier wurden nicht nur nicht eingeschränkt oder gar beseitigt, sondern noch weiter ausgebaut. Den Arbeitern und Angestellten soll sogar regelmäßig 10 Prozent vom Lohn und Gehalt abgezogen werden. Der Unternehmer wird zugleich Steuerintendant. Der Lebensmittelwucher darf sich nach wie vor breitmachen. In der Schule sind die Kinder der Gewalt einer reaktionären Kirche nach wie vor ausgeliefert. Polizei, Klassenjustiz und Militarismus bedrücken nach wie vor besonders die arbeitenden Schichten des deutschen Volkes. Die Rechtssozialisten in der Regierung und ihre Partei, die diese Politik offiziell vertritt und unterstützt, wollen die Arbeiterklasse glauben machen, es sei eine Ausöhnung, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapitalisten und Arbeitern möglich. Es handelt sich hier aber um ein Gaukelspiel, durch das die Kapitalisten in ihrer Macht erhalten und befestigt und die Arbeiterklasse um ihr Existenzrecht betrogen werden sollen.

Eines solchen Gaukelspiels kann und darf sich eine sozialistische Partei nicht schuldig machen. Was könnten einige unabhängige sozialdemokratische Minister etwa auf dem Gebiete einer energischen Sozialisierung oder der Enteignung des Großgrundbesitzes durchsehen, wenn sie in einem Kabinett sitzen, in dem die Mehrheit der Minister Verfechter und Helfershelfer der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft und des kapitalistischen Privateigentums sind?

Was könnten einige unabhängige sozialdemokratische Minister taikräftig an die Enttaffung der Gegenrevolution gehen, wenn ihnen Minister aus Parteien in die Arme fallen, die der Bewaffnung der Arbeiterklasse den wütendsten Widerstand entgegenstellen?

Was könnten einige unabhängige sozialdemokratische Minister etwa für die Erweiterung der Arbeiterrechte, für die weitgehende Betätigung der Betriebsräte, für sozialpolitische Maßnahmen durchsehen, wenn die Mehrheit ihrer Ministerkollegen für Antistatistengesetze, für Verlängerung der Arbeitszeit und Abbau der Löhne eintreten?

Auch die Möglichkeit einer Koalitionsregierung mit den Rechtssozialisten ist für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei nicht gegeben. Die Rechtssozialisten spielen auf die Unentschiedenheit gewisser Arbeiterschichten. Sie verschleiern der Arbeiterschaft, daß sie von vornherein nicht an eine sozialistische Regierung gedacht, daß ihr Parteimitglied Müller die USPD zum Eintritt in eine bürgerliche Koalitionsregierung aufgefordert hat.

Aber selbst wenn das nicht der Fall wäre, käme für uns eine Koalition mit den Rechtssozialisten in Betracht, solange die rechtssozialistischen Gewerkschaftsführer mit ihrer Politik der Arbeitergemeinschaften der kapitalistischen Produktion goldene Brücken bauen, solange die politischen Führer an der formalen Demokratie und an der Koalitionspolitik festhalten. Erst eine klare und unzweideutige Abwendung der Rechtssozialisten von ihrer schwächlichen und unfruchtbar reformpolitisch und ein Bekenntnis zu dem Programm des revolutionären Sozialismus könnte unsre Partei veranlassen, dem Gedanken einer Koalition mit der rechtssozialistischen Partei näherzutreten.

Wäre die rechtssozialistische Partei in der Nationalversammlung mit der Unabhängigen Partei in eine geschlossene Opposition gegen die gesamte bürgerliche Welt getreten, so wäre dem deutschen Proletariat eine Unmenge von Blutzweigen, Nöten und Entbehrungen erspart geblieben. Der proletarische Klassenkampf hätte einheitlich und geschlossen erfolgreich durchgeführt werden können. Nur der rechtssozialistischen Partei ist es zu danken, wenn immer wieder Koalitionen zustande kamen und kommen, die einen immer reaktionärer Charakter tragen.

Gegen diese kapitalistische Regierung wird die USPD. innerhalb und außerhalb des Parlaments in entschloßener Kampfkraft stehen. Die Taten dieser Regierungen zeigen dem Proletariat, den Hand- und Kopfarbeitern, daß keine Koalition, wie auch immer sie zusammengesetzt sein möge, das Wirtschaftsleben, die soziale und politische Freiheit ein Ende machen, die sozialen und kulturellen Wunden heilen kann.

Die Proletarier müssen erkennen, daß die Ziele und Methoden des revolutionären Sozialismus, die Diktatur des Proletariats an die Stelle einer von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt Koalitionspolitik treten muß.

Wie Feuer und Wasser sich nicht vereinigen lassen, so können auch die Vorkämpfer der sich aus den Trümmern der Sozialdemokratie neu formierenden Arbeiterbewegung nicht zu erträglicher Zusammenarbeit vereinigen, mit den Verfechtern der alten, blutheftigen und fruchtlosen kapitalistischen Welt. Darum kann für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei als Ziel nicht in Betracht kommen die Bezeichnung von ein paar Ministerstellen; ihre Aufgabe bleibt nach wie vor die Eroberung der politischen Macht durch die aufgebaute Kraft des gesamten klassenbewußten Proletariats.

## Die Zwangsanleihe beim Hunger.

Die erste und dringendste Arbeit des neuen Reichstages wird sein, den Steuerabzug des Reichseinkommensteuergesetzes, diese Ausnahmebestimmung gegen die minderbemittelte Bevölkerung, sofort zu beseitigen. Das Gesetz birgt freilich noch eine ganze Anzahl anderer Benachteiligungen der nichtbesitzenden Kreise in sich; sie werden aber erst im nächsten Jahre in die Erscheinung treten, wenn die Veranlagung durchgeführt wird. Vordringlich haben wir es nur mit dem Steuerabzug zu tun.

Schon die Tatsache muß erbitternd auf die Bevölkerung wirken, daß die in Lohn oder Gehalt stehenden Steuerpflichtigen Vorschußleistung an die Steuerkasse zu zahlen haben, während die besitzenden Kreise erst nach der Veranlagung, in der Regel also nach länger als Jahresfrist seit dem Zeitpunkt, wo sie ihren Gewinn erzielt haben, ihre Steuern zu entrichten brauchen. In diesem Jahre, dem Übergangsjahr von den einzelstaatlichen Einkommensteuern zu der einheitlichen Reichseinkommensteuer, wirkt diese Bestimmung geradezu unerträglich. Die Arbeiter und Angestellten haben nicht nur die Steuer für das laufende Jahr zu entrichten, sie müssen sich noch vom 25. Juni an den Steuerabzug gefallen lassen, und da noch kein Mensch in der Regierung darüber Auskunft geben kann, von wann an die jetzt geliebten Marken auf die Steuerzahlungen angerechnet werden können, so scheint ziemlich sicher zu sein, daß die Arbeiter und Angestellten in diesem Jahre doppelte Steuer zu zahlen haben.

Wie standlos der Steuerabzug wirkt, das erkennt man besonders deutlich, wenn man die Verhältnisse der unteren Einkommensbezieher betrachtet. Das Reichseinkommensteuergesetz läßt 1500 Mark des Einkommens vollständig steuerfrei, dazu kommen Abzüge für die vom Steuerpflichtigen zu unterhaltenden Personen, so daß in solchen Fällen eine Steuer zumißt überhaupt nicht erhoben wird. Trotzdem müssen auch diese Kernkassen der Armen sich den Steuerabzug gefallen lassen; sie geben den zehnten Teil ihres Einkommens hin, trotzdem es jetzt schon ganz sicher ist, daß sie gar nicht steuerpflichtig sind. Nicht minder hart wirkt der Steuerabzug bei den etwas höheren Einkommen. Man kann bis zu einer gewissen Grenze fast überall feststellen, daß weit mehr abgezogen wird, als der Pflichtige in Wirklichkeit an Steuern zu entrichten haben wird. Bei Verheirateten mit Familienanhang wird erst bei etwa 15000 Mark Jahreseinkommen die ungefähre Gleichheit zwischen Steuerabzug und wirklicher Steuer erreicht. Unter dieser Grenze zahlt der Steuerpflichtige meistens mehr als ihm zukommt.

Die Bezüher der großen Einkommen, die Herren Minister, die Direktoren der Aktiengesellschaften, die Inhaber glänzend bezahlter Stellungen bei der Industrie und Handel, alle diese Kreise sind in der glücklichen Lage, daß sie nur einen Teil ihrer Steuerleistung als Vorschuß zu entrichten haben. Wenn bei der Beratung des Gesetzes darauf hingewiesen worden ist, daß von diesem Steuerabzug alle Lohn- und Gehaltsempfänger betroffen werden, ganz gleich ob man Reichspräsident oder Straßenkehrer sei, wenn auch jetzt noch bei der Kommentierung der Ausführungsbestimmungen des Gesetzes von den offiziellen Stellen ähnliche Beseitigungsversuche unternommen werden, so muß doch festgestellt werden, daß das nichts weiter als Redensarten sind. Soll das eine Gleichheit, einen sozialen Ausgleich darstellen, wenn jemand mit 5000 Mark Einkommen wesentlich mehr an Steuern im voraus bezahlen muß, als wozu er verpflichtet ist, wenn dagegen ein anderer mit 100000 Mark Einkommen nur einen kleinen Teil dessen im voraus bezahlt, wozu er mit Bestimmtheit im nächsten Jahre veranlagt wird?

Erinnert man sich bei dieser Gelegenheit, daß die kapitalistischen Kreise nichts im voraus an Steuer zu zahlen haben, so erkennt man erst recht, wie unsozial und volksfeindlich die Bestimmung über den Steuerabzug ist und daß sie so schnell wie möglich wieder beseitigt werden muß. Es sei denn, der neue Reichstag entschließt sich dazu, auch den kapitalistischen Kreisen eine vorläufige Zahlung ihrer Steuer, die sich auf der Grundlage ihres bisherigen Einkommens bewegen kann, aufzulegen, und dazu Sicherstellungen für die minderbemittelte Bevölkerung zu schaffen. Werden sich aber die bürgerlichen Parteien, werden sich die Rechtssozialisten, die sämtlich den Steuerabzug gutgeheißen und von ihm ausgezeichnete Wirkungen gegen die Steuerfaulheit erwartet haben, dazu entschließen, das benagene Unrecht wieder gutzumachen? Wir befürchten, daß die Unabhängige Sozialdemokratie auch bei dieser Gelegenheit ganz allein die Rechte der werktätigen Bevölkerung wahrzunehmen haben wird.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, welche Wirkungen der Steuerabzug mittelbar noch ausübt. Es werden von ihm schätzungsweise mindestens 10 Millionen Steuerpflichtige erfaßt. Nimmt man für sie ein Durchschnittseinkommen von 600 Mark an, so heißt das, daß dem Reich von den Arbeitern

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.